

DOKUMENTE

PROTOKOLLE

Nr. 1 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 18. Juli 1870¹

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: Seine k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht (o. D.), der Reichskanzler Graf Beust (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Andrassy (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Potocki (o. D.), der Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn (o. D.), der Reichsfinanzminister v. Lónyay (26. 7.).

Protokollführer: Sektionsrat Freiherr v. Konradsheim.

Gegenstand: Unsere Politik angesichts der politischen Lage.

KZ. 2855 – RMRZ. 67

Protokoll des zu Wien am 18. Juli 1870 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

Seine Majestät der Kaiser geruhte, die Besprechung mit der Hinweisung auf die durch den preußisch-französischen Kriegsausbruch geschaffene bedrohliche Sachlage zu eröffnen, wodurch auch an Österreich-Ungarn die Notwendigkeit herantrete, sich über die einzuschlagende Politik klar zu werden und sonach die entsprechenden Maßregeln einzuleiten. Bei der folgenschweren Wichtigkeit der heute zu fassenden Beschlüsse fordere Allerhöchstderselbe die Anwesenden auf, ihre Ansichten mit aller Offenheit auszusprechen, ebenso sei es aber auch Sein Ah. Wille, daß die Entscheidung, die er nach Anhören der Meinungen Seiner Räte treffen werde, von allen Seiten einmütig und energisch vollzogen werde.

Reichskanzler Graf Beust erbat sich hierauf das Wort, um ein Bild der momentanen Lage Europas zu geben. Die letzten Vorgänge dürfe er als bekannt voraussetzen. In diesem Augenblicke sei der Krieg bereits erklärt, und

¹ *Das Protokoll wurde erstmals als Beilage des ungarischsprachigen Buches von Diószegi publiziert, später erschien sein Buch auch in deutscher Sprache* DIÓSZEGI, Ausztria–Magyarország és a francia–porosz háború 1870–1871 257 ff.; DIÓSZEGI, Österreich–Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871 286 ff. *Die wichtigsten Analysen des Ministerrates außer der genannten Monographie:* LUTZ, Österreich–Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches 210 ff.; BEYRAU, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71 192 ff.; POTTHOFF, Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870–1871 352 ff.

habe sich gestern ein französischer General mit der Kriegserklärung nach Berlin begeben.² Zwar habe England unter Anrufung jenes Artikels des Pariser Vertrages vom Jahre 1856, wonach die Vertragsschließenden das Versprechen abgeben, in Streitfällen bevor zum Schwerte gegriffen wird, die Vermittlung der Unbeteiligten eintreten zu lassen,³ noch einen Versuch gemacht, um eine diplomatische Verhandlung zur Verhinderung des Kriegsausbruches zu ermöglichen, und es sei auch vom Fürsten Metternich⁴ der Gedanke einer Mediation Österreichs und Italiens angeregt worden, aber so gerne man auch zu weiteren Vermittlungsversuchen bereit sei, so müsse man doch zugeben, wie wenig festen Boden dieselben haben, nachdem Kaiser Napoleon⁵ erklärt habe, durch die aufgetauchte Kongressidee sich in den militärischen Vorbereitungen nicht beirren lassen zu wollen.

Gegenüber dem völkerrechtlich schon morgen zulässigen Beginn der Kriegooperationen sei nun die Gruppierung der Staaten des Kontinents derart, daß zunächst die süddeutschen Staaten, wo mit einem Male das deutsche Nationalbewußtsein zum Durchbruch gelangte, den casus foederis ohne Vorbehalt anerkannt und Preußen ihre Truppen zur Verfügung gestellt hätten. Belgien und die Schweiz seien an und für sich neutral, hätten aber dennoch militärische Maßregeln zur Aufrechthaltung ihrer Neutralität ergriffen, ebenso wie Holland, welches gleichfalls neutral bleiben wolle.

Die Haltung Rußlands, welches bisher noch nicht Farbe bekannte, sei gleichwohl in den letzten Tagen akzentuierter geworden, infolge der Reise des Fürsten Gortschakow⁶ nach Berlin, und man gehe nicht fehl, wenn man Abmachungen Rußlands mit Preußen über vorläufig neutrales Verhalten des ersteren, aber aktives Einschreiten im Falle der Niederlage Preußens voraussetze, ja die allerneuesten Indizien ließen sogar auf die Lust nach einer Diversion Rußlands nach Galizien für den Fall des Eintretens in die Aktion schließen. Die öffentliche Meinung in Rußland neige sich übrigens nach den erhaltenen Nachrichten mehr zu Frankreich als zu Preußen, und dieses sei jedenfalls eine merkwürdige Erscheinung, welche bei einer Teilnahme Rußlands am Kriege nicht übersehen werden dürfe. Was Italien betreffe, so habe es sich bisher reserviert gehalten und wolle sich die Freiheit der Aktion wahren – eine Stellung, die schon in der bedrängten Finanzlage des Reiches, welche dem Ministerium die möglichste Sparsamkeit zur Pflicht mache, die Erklärung finde. Italien sei deshalb geneigt mit uns Hand in Hand zu gehen. Übrigens müsse noch ein Moment bedacht werden, welches für die Hal-

² Am 17. Juli 1870 geht die Kriegserklärung von Paris an den Vertreter Frankreichs in Berlin ab. Am 19. Juli wird sie in Berlin übergeben.

³ Artikel 8 des Pariser Vertrages von 1856 legte nieder, daß bei einem Konflikt einer der Mächte mit der Türkei vor dem Rekurs zu den Waffen die Vermittlung der anderen Signatarmächte angerufen werden solle. Vgl. AKTENSTÜCKE ZUR ORIENTALISCHEN FRAGE Bd. 2 345.

⁴ Fürst Richard Metternich-Winnenburg, 14. 11. 1859 – 13. 12. 1871 Botschafter Österreichs in Paris.

⁵ Napoleon III., Kaiser der Franzosen.

⁶ Fürst Alexander Michailowitsch Gortschakow, 1856–1882 Minister des Äußern Rußlands.

tung Italiens den Ausschlag geben könnte, nämlich die Besetzung Roms, worüber Frankreich noch nicht das letzte Wort gesprochen habe. Mache Napoleon in dieser Beziehung Konzessionen, so sei es leicht möglich, daß Italien sich ihm dafür zur Verfügung stelle.

Im Norden werde Schweden und Norwegen sich passiv verhalten; über die Haltung Dänemarks wisse man noch nichts gewisses, wenigstens hätten sich die Allianzgerüchte mit Frankreich noch nicht bestätigt, aber es sei wahrscheinlich, daß es sich in den Kampf gegen Preußen einmischen werde. Im Süden sehe die Türkei auf unsere Haltung; sie wolle sich an Österreich-Ungarn anschließen, und es seien daher von dieser Seite wiederholte Anfragen an Vortragenden gelangt.

Wir selbst aber hätten bisher noch nach keiner Seite hin Verpflichtungen eingegangen; unsere bisherige Passivitätspolitik sei noch durch keine bestimmte Maßregel alteriert. Es sei bisher absichtlich alles vermieden worden, was auf die Regierung auch nur den Schein des Abweichens von der Politik der Passivität hätte werfen können, schon aus Rücksicht für unsere Presse, welche – wie mit Sicherheit angenommen werden könne – infolge preußischer Lockmittel den Kampf auch bei uns als einen deutschen aufgefaßt wissen wolle. Sehe man eben auf die Haltung anderer Staaten, namentlich auf jene unseres Nachbarn im Osten, so frage er sich, ob die bisherige Passivität noch weiterhin eingehalten werden könne oder ob es sich nicht vielmehr empfehle, uns auf einen solchen Fuß zu setzen, daß uns die Ereignisse, wenn sie an uns herantreten, nicht unvorbereitet treffen. Diese sei aber eine Frage, bei welcher in erster Reihe die inneren Elemente in Betracht gezogen werden müssen und worüber sich also vor allem jene Ratgeber der Krone aussprechen mögen, welche den inneren Elementen näher stehen als der Minister des Äußern.

Ministerpräsident Graf Andrassy: Wenn er mit einem spontanen Antrag über die Haltung der Monarchie in der heranbrechenden Krise hervortreten solle, so müsse er sich zunächst die Frage vorlegen, ob die bisherige Passivität, die allerdings das Einfachste wäre, noch fernerhin möglich sei. Die Frage könne er nur mit „Nein“ beantworten. Österreich-Ungarn könne nicht indifferent dastehen gegenüber Preußens Agitationen im Innern unserer Monarchie, welches unter dem Aushängeschild des Liberalismus und Deutschtums in der diesseitigen Reichshälfte eben so schüre, wie es in Ungarn für seine Zwecke Agenten halte und Journale kaufe; es solle nicht die Hände in den Schoß legen gegenüber den Bemühungen Frankreichs in den Donaufürstentümern, wohin letzteres Ordres gesendet habe, die auf den Sturz des dermaligen Regimes hinzielen und Ereignisse heraufbeschwören, welche uns notwendig alarmieren müssen. Wenn nun aber Österreich-Ungarn nicht zum Spielball seiner Nachbarn werden solle, und dies sei ein Standpunkt, welchen er mit Hinweisung auf Rußland nicht nur in Ungarn begreiflich machen zu können hoffe, sondern welchen er von dort aus auch gegen etwaige weitere Passivitätsgelüste in der diesseitigen Reichshälfte zur Geltung bringen zu lassen sich anheischig mache, so ergebe sich die weitere Frage: welche Stellung dasselbe einnehmen solle, damit die Monarchie aus der

hereinbrechenden Krise nicht nur ungeschädigt hervorgehe, sondern, wenn sie in die Aktion eintreten muß, daraus einen Nutzen ziehe?

Da seien im Augenblicke nur zwei Stellungen möglich: entweder Krieg mit Frankreich gegen Preußen oder Neutralität.

Zu einem Kriege im Verein mit Frankreich seien wir aber nicht berufen, es erübrige also nur die Neutralität. Dieselbe dürfe jedoch nicht gleichbedeutend werden mit Passivität, weil sie in diesem Sinne für Preußen wohl erwünscht sein könne, von Frankreich aber verübelt werden würde und uns selbst nach keiner Seite nützen dürfte; sie solle aber auch nicht als bewaffnete Neutralität^a deklariert werden, weil solche leicht als Provokation unserer Nachbarn gedeutet und uns daraus die Lust nach der Okkupation der Donaufürstentümer imputiert werden könnte, sondern Vortragender meine einen Zustand der Neutralität, ähnlich jenem Hollands, der uns gestattet, gewisse militärische Vorbereitungen zu treffen, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden.

In dieser Absicht mögen Pferde und Vorräte angekauft, auch ein Teil der Armee, vielleicht 300 000 Mann, parat gemacht und im Übrigen die Einrichtung so getroffen werden, daß wir binnen drei Wochen schlagfertig sind. Man solle überhaupt, ohne sich die Hände nach irgendeiner Seite zu binden, und ^bnach Abgabe einer Neutralitätserklärung^b, das pure Interesse als Lösungswort ausgeben und jedem, der darnach fragt, offen bekennen, daß wir, solange Preußen allein bleibt, uns in den Krieg nicht einmengen und die militärischen Vorbereitungen nur wegen den Eventualitäten im Orient treffen. Der Reichskanzler werde wohl leicht die Gelegenheit wahrnehmen können, um Preußen eine solche Erklärung unserer Maßregel naheulegen und dasselbe durch die Versicherung, daß wir, wenn nicht angegriffen, auch nicht in die Aktion eintreten werden, zum Ablassen von weiteren Agitationen zu bestimmen.

Nur mit dieser Erklärung könne man auch den Delegationen entgegenreten, deren Geldbewilligungsrecht unter keinen Umständen umgangen werden könne.

Die von ihm definierte zuwartende Neutralität halte Vortragender nach keiner Seite hin für gefährlich, denn wenn auch Preußen siegen sollte, was für uns allerdings kein wünschenswerter Ausgang des Kampfes wäre, so könne dies unmöglich in kurzer Zeit geschehen, da der Krieg nicht ein napoleonischer, sondern ein französischer Nationalkrieg sei und Frankreich gewiß die größte Hartnäckigkeit entwickeln werde; siege aber Frankreich, so bleibe es uns noch immer unbenommen, zu Gunsten ^ceffektiver Garantien des Europäischen Gleichgewichtes^c einzutreten. Nur wenn Rußland sich einmenge, bliebe uns keine Wahl.

Ministerpräsident Graf Potocki: Wenn es sich um Passivität oder Neutralität handle, so könne er nicht leugnen, daß erstere Strömung in den deutschen Provinzen, soweit die öffentliche Meinung zu Tage trete, jetzt die

^a *Korrektur Andrássys aus nach völkerrechtlicher Doktrin.*

^{b-b} *Korrektur Andrássys aus ohne eine förmliche Neutralitätserklärung abzugeben.*

^{c-c} *Korrektur Andrássys aus Deutschlands.*

Oberhand habe. Er halte sich als Ministerpräsident ferner für verpflichtet, die Sympathien, die in Cisleithanien für Deutschland bestehen, zu konstatieren. Seine persönlichen Sympathien für Frankreich wolle er jedoch nicht verhehlen, ebenso wenig wie seine Überzeugung, daß wir früher oder später zur bewaffneten Neutralität gelangen werden. Rußland werde uns zur Armierung drängen, denn sowie es Preußen schlecht gehe, werde es Galizien besetzen, und dies müsse man verhindern.

Im Augenblicke sei er noch für Passivität mit fortgesetzter diplomatischer Tätigkeit und müsse Wert darauf legen, daß ihm, bevor die bewaffnete Neutralität proklamiert wird, Zeit gelassen werde, dem diesseitigen Ministerrat die Sachlage vorzutragen und sich seiner Mitwirkung bei den durch die bevorstehende Armierung bedingten Einleitungen zu versichern.

Die Armierung verursache Kosten, welche von den Delegationen votiert werden müssen, und um letztere sobald als möglich versammeln zu können, müßten nunmehr die Landtage und sohin der Reichsrat einberufen werden. Die Sache sei nicht ohne große Schwierigkeiten; es würden in den Vertretungskörpern Melodien angeschlagen werden, die gerade im gegenwärtigen Augenblicke höchst unangenehm klingen, aber man müsse dies alles als unerläßliche Vorbedingung für den Zusammentritt der Delegationen hinnehmen.

Ministerpräsident Graf Andrassy ^derklärt zur Klarstellung seines Antrages, daß er durch die befürwortete Neutralität nicht die Neutralité armée gemeint habe^d. Die neutralité armée nach Ansicht des Vorredners sei noch verfrüht und zu teuer. Sie werde Preußen, welches sich im Rücken bedroht sehe, den Anlaß geben, den Kriegsschauplatz auf unser Gebiet zu verlegen, was nicht sein dürfe. Er wiederhole, daß er vorläufig keine förmliche Rüstung, sondern nur eine partielle Truppenaufstellung wünsche.

Seine Majestät der Kaiser hatte hierauf die Gnade zu bemerken, daß eine halbe Armierung bei unserer Armeearganisation schwer durchzuführen sei. Man solle bedenken, daß gewisse Anschaffungen im großen und ganzen gleichzeitig erfolgen müßten, daß die nötigen Festungsarbeiten nicht nur partiell vorgenommen werden könnten und daß auch die Mobilisierung der Armee Zeit erfordere. Von der Einberufung, die – wenn sie sich nicht gleichzeitig auf die Reservisten ausdehne – zwecklos sei, müsse man noch sechs Wochen rechnen bis zum Moment, wo die Armee schlagfertig genannt werden könne. Es sei auch notwendig, daß die Mannschaft im Schießen und Exerzieren frisch eingeübt werde. Dies alles könne nicht nur mit einem Teil der Armee vorgenommen werden, und es gebe nur die eine Alternative: entweder vollständige Armeeausrüstung oder Passivität.

Seine k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht fügte seinerseits bei, daß die Artillerie nur ein Viertel des Bedarfes an feuergeübten Pferden habe, die neuangeschafften müßten, bevor sie im Feld verwendet werden können,

^{d-d} *Einfügung Andrássys.*

im Feuer einexerziert werden. Nach Erlassung der Einberufungsordre gingen acht Tage verloren, bis die Mannschaft im Ergänzungsbezirke versammelt sei, weitere 14 Tage seien erforderlich, bis sie beim Regimente eintreffe, dazu komme noch die Zeit des Aufmarsches auf den Operationsschauplatz. Im günstigsten Falle und wenn der Pferdeeinkauf gut vonstatten gehe, brauche man für alles 40 Tage.

Reichsfinanzminister v. Lónyay: Es scheine ihm zunächst darauf anzukommen, die von uns zu befolgende Neutralität zu präzisieren. Graf Andrassy habe, wie er glaube, die Neutralität im Gegensatz zur Passivität richtig dahin definiert, daß sie die Aufstellung von Truppen, um eventuell unsere Grenzen besetzen zu können, bedinge.

Zuerst müsse dahin gestrebt werden, daß die Monarchie keinen Schaden leide, an die Ausnützung der Krise solle man nur in zweiter Reihe denken. In diesem Anbetrachte wünsche er auch den Sieg der französischen Waffen, was uns aber in unserer Aufgabe für die Abkürzung und Lokalisierung des Krieges zu wirken nicht hindern dürfe. Da nun Italien geneigt sei mit uns Hand in Hand zu gehen und Frankreich Österreichs Mediation wünsche, so möge man nach den Andeutungen des Grafen Potocki einige Tage der Passivität noch benützen, um auf diplomatischem Felde für diesen Zweck zu wirken.

Erkläre sich Österreich-Ungarn für neutral, so sei dies zunächst ein Gewinn für Preußen, und er frage, ob wir bei einer solchen Erklärung, wobei jedoch streng zu akzentuieren sei, daß wir im Falle der Einmischung Rußlands gleichfalls in die Aktion eintreten, von Preußen nicht die Zusicherung verlangen können, daß es mit seinen Agitationen im Inlande aufhöre.

Für alle Fälle müßten die Delegationen sobald als möglich einberufen werden, um die konstitutionellen Formen zu wahren, und zwar solle man die Landtage und den Reichsrat, aus welchen jene filtrierte Körperschaft hervorgehe ad hoc einberufen, damit dieselben nicht durch Herbeiziehen sonstiger Diskussionen die Delegationswahlen verzögern.

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn: Die bewaffnete Neutralität, um die es sich hier handle, habe eine andere völkerrechtliche Bedeutung, als welche der Reichsfinanzminister ihr unterlege. Die Grenzbewachung sei lediglich Aufgabe eines Observationscorps. Wenn man Kriegsvorbereitungen treffe, so müsse man sich auch darüber klar werden, ob man den Krieg auch führen wolle, dann wann und gegen wen.

Nach seiner Ansicht sei der Krieg auch für uns unausweichlich, nachdem alles rüste, so weit wir sehen. Ähnlich den Verhältnissen vor dem dreißigjährigen Kriege gebe es auch heute eine Menge aufgehäuften Zündstoff und ungelöste Fragen, die ihre Lösung nur nach einer allgemeinen europäischen Konflagration finden werden, welche letztere jede Lokalisierung des Krieges ausschließe. Für Österreich sei bei einem Siege Frankreichs nichts zu befürchten, siege aber Preußen, und dies sei nicht unmöglich, denn der Vorteil sei augenblicklich auf seiner Seite, so gehe das Reich den größten Gefahren entgegen. So rasch wie im Jahre 1866

werde der Feldzug freilich nicht beendet sein, aber es sei immer denkbar, daß Preußen, wenn es siegt, bald siegt.

Um die Gefahren dieses Sieges abzuwenden, müssen wir bis dahin fertig gerüstet sein, damit wir unser Schwert im entscheidenden Momente zu Gunsten Frankreichs in die Waagschale werfen können. Für den Feldherrn sei es von Gewicht, den Moment zu wissen, wann er gerüstet sein müsse, diesen müsse ihm der Staatsmann angeben. Da der Moment heute aber noch nicht berechnet werden könne, so sei Vortragender, um nichts zu versäumen, für allsogleiche Rüstung in großartigem Maßstabe. Das Wichtigste dazu sei nun die Pferdeanschaffung und Ausrüstung. Die Anschaffung allein ohne Fourage koste für 80 000 Pferde, welche die Armee benötigt, 18 Millionen. Mit Einschluß sonstiger Monturstücke, als Leibbinden, Kapuzen, die im Kriegsfall benötigt werden, beliefen sich die sofort nötigen Anschaffungen auf 22 Millionen; dazu komme noch die Ausgabe für die Herstellung verschanzter Punkte.

Seine k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht: In den heutigen Argumentationen sei eine Lücke geblieben, man habe nämlich die Zeitrechnung vergessen, die – wenn wir in die Aktion eintreten wollen – einer der wichtigsten Faktoren sei. So sehr Seine k. k. Hoheit auch der Ansicht zustimme, daß man den konstitutionellen Vorgang einhalten solle, zumal im entgegengesetzten Falle ein großer Teil der im preußischen Solde stehenden inländischen Presse das Außerachtlassen der konstitutionellen Formen als Vorwand zum Angriffe auf die Regierung benützen werde, so müsse vom militärischen Gesichtspunkte doch großes Gewicht darauf gelegt werden, daß über der Sorge um die Form nicht die wichtigste Zeit verloren gehe. Man müsse sich die Fragen vorlegen, wie lange es dauern kann, bis wir uns entschließen müssen? Preußen rüste unter der Hand schon seit 14 Tagen; die Mobilmachung betreibe es heimlich seit 8. Juli. Es könne also zwischen dem 1. und 4. August schlagfertig sein. Die Franzosen dürften am 27.–30. Juli den Rhein überschreiten. Sie könnten Ende August an der sächsischen Grenze sein, Anfang September könne also die entscheidende Schlacht stattfinden, die uns zur Tat ruft.

Nun sei es aber sehr gewagt, unsere Aufstellung erst in diese Zeit zu verlegen, besonders, nachdem Rußland, welches wir bei unseren Entschlüssen im Auge behalten müssen, auch nur noch circa zwei Monate braucht, um durch Nachschaffung der ihm abgehenden Pferde die in Polen stehenden Truppen schlagfertig zu machen. Es komme noch zu bedenken, daß Rußland für einen Winterfeldzug gerüstet sei und wir nicht und umgekehrt, wir im Frühjahr ohne weiteres manövrierfähig seien, während die russische Armee sich in der Zeit von März bis Mai wegen des großen Kotes nicht rühren könne. Militärisch stelle sich die Sache also so: Könne und wolle man halben September in die Aktion nicht eintreten, so lasse man die Rüstung ganz bleiben, wolle man sich aber für dann bereit halten, so treffe man die Vorbereitungen gleich und energisch.

Reichskanzler Graf Beust: Er habe sich absichtlich darauf beschränkt, vorläufig nur die allgemeine Lage zu erörtern und die Frage der einzu-

schlagenden Politik von den inneren Momenten abhängig zu machen, weil die Ausführung der ersteren durch letztere bedingt werde. Wäre der Minister des Äußern in seinen Entschlüssen von den Fragen im Innern des Reiches nicht abhängig, so sei es leicht, sich das Tableau zurechtzulegen, er brauche einfach demjenigen Teile beizuspringen, welchem man den Sieg wünscht.

In den letzten Jahren seien wir mit Frankreich auf einen guten Fuß gekommen, einerseits weil kein Streitobjekt vorhanden war und unsere Interessen zusammenfielen, andererseits, weil es unmöglich war, mit Preußen ein halbwegs aufrichtiges Verhältnis herzustellen. Zu einer Allianz mit Frankreich würde aber gehören, daß wir uns vorerst über alles verständigt hätten. Es sei aber anders gekommen, und Frankreich behaupte selbst, daß es durch die Ereignisse überrascht worden sei. Sei dem, wie es wolle, es unterliege keinem Zweifel, daß wir, nachdem das Rad plötzlich ins Rollen gekommen sei, uns bei unseren heutigen Verhältnissen zwar nicht mitreißen lassen konnten, vielmehr gegen Frankreich die Freundschaftspflicht üben mußten, es vor einer Provozierung des deutschen Nationalbewußtseins zu warnen, aber unsere Politik könne doch nur die sein, daß wir alles vermeiden, was wie eine Unterstützung der Feinde Frankreichs aussehe, zumal schon die Neutralitätserklärung Preußen mehr zustatten komme als Frankreich, welchem sie erst mundgerecht gemacht werden müsse.

Dabei brauchten wir nicht zu fürchten, daß das in Bewegung gesetzte Rad über uns hinwegrolle, denn auch er glaube, daß sich der Krieg in die Länge ziehen werde und wir noch rechtzeitig Posten fassen können. Was unseren möglichen Nutzen betreffe, so stimme er dem Grafen Andrassy darin bei, daß der Motor unserer Handlungen ausschließlich unser Interesse sein solle. So wichtig aber für uns auch die Frage erscheine, wer von den beiden Streittheilen Sieger bleibe, so wäre es bei der Perfidie Preußens doch nutzlos unsere Neutralität an Preußen gleichsam zu verkaufen. Wir würden im Siegesfalle Preußens ganz und gar die Geprellten sein, und dieses würde aus einem solchen Übereinkommen alle möglichen unerfüllbaren Zumutungen von uns ableiten, wie es seinerzeit auch aus dem Gasteiner Vertrag⁷ nachträglich ganz unberechtigte Konsequenzen zog. Dagegen könne im Siegesfalle Frankreichs ein kluges Vorgehen uns Früchte tragen. Könnten wir nun aber ab initio auch nicht mit Frankreich gehen und nötige uns dies zur Rolle des Zuschauers gegenüber den beiden Kriegsführenden, so verhindere dies doch nicht, daß wir, wenn wir den Vorteilen des Friedens durch Anbahnung der Kriegsbereitschaft entsagen, unsere Blicke nach Rußland werfen, welches von Tag zu Tag gefährlicher werde, und hier könnten wir im Falle eines Krieges auch auf die Popularität des Krieges bei uns rechnen.

⁷ *Gasteiner Konvention vom 14. 8. 1865 zwischen Österreich und Preußen, geschlossen auf Bismarcks Betreiben; sie setzte fest, daß Österreich die Verwaltung Holsteins, Preußen die Schleswigs erhielt; Lauenburg ging in den Besitz Preußens über, das an Österreich eine Entschädigung zahlte. Am 6. Juni 1866 ziehen die preußischen Truppen unter Bruch der Gasteiner Konvention in Holstein ein.*

Die Vorgänge Belgiens und der Schweiz könnten für uns kein analogon bieten, denn diese seien an und für sich als neutral anerkannt, es sei auch wenig belangreich, ob von uns einfache oder bewaffnete Neutralität erklärt werde, denn beide seien völkerrechtlich nie genau präzisiert worden, und Neutralität schlechtweg schließe die Bewaffnung nicht aus; worauf es aber bei diesem Kriege zumeist ankomme, sei, daß wir uns durch Vorbereitung für den Kampf gegen Überraschung sichern, daß wir dies ohne Provokation erklären (möge man dieser Erklärung nach außen welchen Namen immer geben), dann daß wir mit Italien im Vernehmen bleiben und zwar in frankreichfreundlichem Sinne, da wir schon überhaupt ihm die Pille der Neutralitätserklärung zu verschlucken geben müssen. Man werde vielleicht gegen eine Neutralitätserklärung bei gleichzeitiger Armierung sich auf die Erfahrungen des Krimkrieges berufen; daraus folge aber noch nicht, daß man nie zu Truppenaufstellungen schreiten solle, ohne loszuschlagen. Übrigens hätten wir nicht nur einen sich immer mehr definierenden Feind, nämlich Rußland vor uns, sondern es sei auch, wenn wir friedlich vermittelnd eintreten wollen, nötig, bewaffnet zu sein, und dieses Motiv werde seinerzeit von den Delegationen gewiß nicht verkannt werden, so wie man auch die öffentliche Meinung darüber aufklären solle, daß die Regierung mit der Anordnung von Rüstungen nicht der Eingebung leichtsinniger Kriegslust, sondern dem Gebote der Sicherung des Reiches nach allen Seiten folge.

Ministerpräsident Graf Andrassy: Zur allgemeinen Lage müsse er noch einiges erwähnen. Er könne zunächst die Ansicht des Kriegsministers nicht teilen, daß der Friede für uns durchaus nicht zu halten sei, vielmehr solle man an dem Gesichtspunkte festhalten, daß wir ein desto schwereres Gewicht in die Waagschale werfen können, je mehr und je länger wir Geld und Leute sparen. Der Krieg könne, wie alle Vorredner anerkennen, unmöglich so kurz ausfallen, daß wir zu spät kommen sollten, wenn wir daran teilnehmen wollen. Da wir aber nicht erobern wollen, so mögen wir uns nicht nur deshalb voreilig in den Krieg stürzen, damit wir nicht zu spät kommen. Unser gutes Verhältnis zu Italien und zur Türkei bürge uns dafür, daß wir nicht zu spät kommen, und wir würden gewiß nicht den Fehler Napoleons im Jahre 1866 begehen, welcher die neue Sachlage nur deshalb ruhig hinnehmen mußte, weil er zur Zeit, wo er hätte eintreten sollen, nicht fertig war. Aber wir sollten auch nicht den Fehler begehen, daß wir es unterlassen, vor der Entscheidung alle möglichen Chancen zu erwägen. Napoleon habe noch nie ein Unternehmen ganz zu Ende geführt und gehe, wie die Erfahrung lehre, oft ohne seine Bundesgenossen selbständig vor. Wer bürge uns, wenn wir uns zu sehr mit ihm einlassen, dafür, daß er nicht mit Preußen für seinen Teil plötzlich abschließe und uns Preußen und Rußland preisgebe? Auch sei die Chance noch nicht erwogen, daß Preußen und Frankreich sich gegenseitig so schwächen können, daß wir, wenn wir noch intakt dastehen, als Schiedsrichter ihnen den Frieden diktieren können.

Die zuwartende Stellung biete für uns aber auch nach andern Seiten die meisten Vorteile; wir könnten sicher sein, daß wir dafür die Zustimmung des eigenen

Volkes haben werden, was allein schon ein großer Gewinn sei; wir könnten mittlerweile uns bei der Türkei versichern, was sie im Falle eines Krieges mit Rußland zu leisten imstande sei; wir könnten verhindern, daß in der Walachei die rote Republik proklamiert werde;⁸ wir könnten die Zeit benützen, um Serbien, dessen Stellung im Kampf mit Rußland von der größten Wichtigkeit sei, zu neutralisieren. Die Meinung des Reichskanzlers, eine Explikation mit Preußen sei nutzlos, vermöge Vortragender nicht zu teilen; er traue Bismarck⁹ auch nicht, aber jetzt liege es in des letzteren eigenem Interesse uns nichts zu tun, sobald er von uns eine Erklärung darüber habe, daß wir uns nur, wenn eine dritte Macht herbeigezogen wird, einmischen. Da wir nun, wenn die Preußen uns über unser beabsichtigtes Verhalten fragen, doch jedenfalls eine Antwort geben müssen, so mögen wir ihnen lieber aus eigener Initiative sagen, daß wir keine Rache nehmen wollen; den Franzosen könne man deshalb immerhin zu verstehen geben, warum wir uns ruhig verhalten, und ihnen sagen, daß wir an ihrem voreilig begonnenen Krieg nicht teilnehmen können, aber gleichwohl uns vorsehen müssen, weil wir an Preußen und Rußland gefährliche Nachbarn haben.

Reichskanzler Graf Beust: Er glaube nicht, daß Preußen uns ein aut-aut entgegenhalten werde; es würde in ähnlichem Falle uns auch nicht antworten und solange wir nicht armieren, habe niemand nach unseren Absichten zu fragen. Eine Erklärung an Preußen, wie sie der Vorredner meine, werde uns nur nach außen kompromittieren, ohne uns gegen Preußen zu nützen. Wir müßten jedenfalls mit Frankreich Fühlung behalten, denn dieses könne, wenn es wolle, uns Italien wieder auf den Hals setzen und uns in Tirol, Dalmatien, Triest Schwierigkeiten bereiten.

Es erübrige nach all dem Gesagten nichts als zu mobilisieren und dabei die Neutralität zu erklären. Diese Erklärung solle selbstverständlich auch Preußen gemacht werden, aber nicht in spezieller Weise gleichsam in Form einer Abmachung, sondern auf dem diplomatisch üblichen Wege durch Zirkularnoten an unsere Gesandtschaften;¹⁰ im Sinne der Neutralität werde er sich auch dem preußi-

⁸ *Über die Verhältnisse in Rumänien: GMR. v. 15. 7. 1870, RMRZ. 66.* In: DIE PROTOKOLLE DES GEMEINSAMEN MINISTERRATES DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE I/1 381–382. *Während der Zuspitzung des preußisch-französischen Gegensatzes sympathisiert in Rumänien die Öffentlichkeit mit Frankreich, rechnet mit einem Sieg der Franzosen und darauf, daß man die Herrschaft des Hohenzollernfürsten Karl stürzen könne. Im Sommer 1870 verschwören sich republikanische Offiziere, doch scheitert am 20. August der revolutionäre Versuch der roten Partei in Ploesti (Plojest).* Vgl. BINDER-IJIMA, Die Institutionalisierung der rumänischen Monarchie unter Carol I. 1866–1881 220–230.

⁹ *Otto von Bismarck Fürst, seit 1867 Kanzler des Norddeutschen Bundes, 1871 erster Reichskanzler.*

¹⁰ AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN. CORRESPONDENZEN DES KAISERLICH-KÖNIGLICHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN vom November 1866 bis 1872 No. 4: vom August 1869 bis November 1870 20–21. „Circular du Comte Beust aux Missions Imperiales et Royales“ v. 20. 7. 1870. *Österreich erklärt sich nach dem Beschluß des Ministerrates im deutsch-französischen Krieg für*

schen Gesandten¹¹ gegenüber, der sich [sic!] täglich bei ihm anfrage, aussprechen und die Bewaffnung als Gebot der eigenen Sicherheit und als Mittel darzustellen, damit unsere Neutralität respektiert werde. Er bitte nun, man möge sich darüber einigen, wann die Erklärung abzugeben sei. Lange könne man damit nicht zuwarten, weil sie sich als unmittelbare Folge der französischen Kriegserklärung darstellen müsse. Preußen rechne übrigens noch immer darauf, durch einen Druck auf die öffentliche Meinung bei uns es dahin zu bringen, daß wir mit ihm gehen – mögen wir ihm beruhigende Erklärungen geben oder nicht. Nach weiterer Diskussion, wobei die Mitglieder der Konferenz ihre Ansicht nochmals präzisierten und wobei die vom Ministerpräsidenten Grafen Potocki wie vom Reichsfinanzminister v. Lónyay nochmals ventilirte Frage, ob es nicht genüge, die Mobilisierung nur bis zu einem gewissen Stadium vorzubereiten, infolge des Bedenkens Seiner k. k. Hoheit des Erzherzogs Albrecht, daß man auf alles gefaßt sein müsse, da sich die Verhältnisse von heute auf morgen ändern können, von Seiner Majestät dem Kaiser verneinend beantwortet wurde; wobei ferner Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn betonte, wie die Zeitungen heute bei uns nicht die wahre öffentliche Meinung ausdrücken, während Ministerpräsident Graf Potocki wiederholt hervorhob, wie notwendig es sei, für die Armierung in den Delegationen eine Stütze zu finden, und um Zeit bat, um für unsere Politik mit ihren Konsequenzen die cisleithanische Regierung in einem für morgen anberaumten Ministerrate zu gewinnen,¹² und Ministerpräsident Graf Andrassy seinerseits bemerkte, daß, wenn eine Erklärung im Sinne des Reichskanzlers erfolgen solle, dies mit der durch die Umstände gebotenen Beschleunigung erfolgen müsse, damit der weiteren Propaganda in Österreich zu Gunsten des Teutonismus die Spitze abgebrochen werde, und daß für diese Erklärung ja nur eine Form gewählt werden möge, die nicht herausfordert; nachdem endlich Reichskanzler Graf Beust abermals darauf hingedeutet hatte, daß man den Vertretungskörpern die von Rußland uns drohende Gefahr nahe legen müsse, geruht Seine Majestät der Kaiser in Übereinstimmung mit den heute abgegebenen Meinungen der Konferenzmitglieder den Ah. Beschluß dahin zu

eine beobachtende, zuwartende Neutralität. Beust erläutert diesen Entschluß in seiner Zirkularnote dahingehend: „Diese Haltung schließt jedoch die Pflicht nicht aus, für die Sicherheit der Monarchie zu wachen und ihre Interessen zu beschützen, indem man sich in die Lage versetzt, jede mögliche Gefahr abzuhalten.“

¹¹ *Hans Lothar von Schweinitz, 1869 Gesandter des Norddeutschen Bundes.*

¹² *Cisleithanischer Ministerrat vom 19. 7. 1870 über die Armierung war in den nur sehr fragmentarisch erhaltenen Brandakten nicht auffindbar. Aber siehe au. Vortrag des k. k. Finanzministers v. 19. 7. 1870, HHStA., Kab. Kanzlei 2788/1870 und au. Vortrag des k. k. Finanzministers v. 21. 7. 1870, Ebd., Kab. Kanzlei 2832/1870, womit die Erlassung eines Ausfuhr- und Durchfuhrverbotes von Waffen, Waffenbestandteilen, Munition und Munitiionsgegenständen angezeigt wird. Ebd., Kab. Kanzlei 2832/1870.*

fassen, daß vorläufig Neutralität beobachtet, zugleich aber mit der bei der Sachlage nötigen Armierung, und zwar zunächst mit den zeitraubenden Vorbereitungen, nämlich Befestigungsarbeiten und Pferdeeinkäufen, begonnen werden solle. Den Mächten sei die Neutralität Österreich-Ungarns bekannt zu geben und gleichzeitig mit dieser Deklaration eine die Rüstungen motivierende Aufklärung zu erteilen. Die Rüstungen sollen mit dem Tage der Neutralitätsdeklaration beginnen, und es möge Graf Potocki seine Eröffnungen an den cisleithanischen Ministerrat derart beschleunigen, daß die Deklaration sofort erfolgen könne.

Schließlich brachte Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn noch die Frage der Erlassung eines Waffenausfuhrverbotes zur Sprache, mit Hinweisung darauf, daß die Werndlsche Fabrik bedeutende Lieferungsaufträge aus Rußland erhalten habe.

Seine Majestät der Kaiser geruhte zu befehlen, daß sich die betreffenden Ministerien auch darüber, sowie es über das Pferdeausfuhrverbot bereits geschah, ins Vernehmen setzen sollen,¹³ und Ministerpräsident Graf Andrassy erwähnt in letzterer Beziehung, daß er die Formel für die Publikation des Pferdeausfuhrverbotes bereits nach Ungarn gesendet habe, nachdem die mittlerweile erfolgte Kriegserklärung den Moment herbeigeführt habe, bis zu welchem der ungarische Ministerrat die Publikation verschoben zu wissen wünschte.

Womit die Sitzung geschlossen wurde.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 27. Juli 1870. Franz Joseph.

Nr. 2 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 22. Juli 1870¹

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Andrassy (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Potocki (26. 7.), der Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn (26. 7.), der Reichsfinanzminister v. Lónyay (28. 7.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Festetics (o. D.).

¹³ Über das Pferdeausfuhrverbot siehe GMR. v. 15. 7. 1870, RMRZ. 66. In: DIE PROTOKOLLE DES GEMEINSAMEN MINISTERRATES DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE I/1 377–381. Gemäß Beschluss des gemeinsamen Ministerrates vom 15. Juli wird in beiden Reichshälften ein Pferdeausfuhrverbot eingeführt. Siehe MOL. Sektion K-26, 1251/1870, 1761/1870.

¹ Die Ministerratsdebatte analysiert DIÓSZEGI, Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871 67 ff.